

An Bürgermeister
Dietmar Prammer
Altes Rathaus
Hauptplatz 1
4041 Linz

Antrag gem. §12 Abs. StL 1992

Linz, 20.05.2025

Professioneller Neustart des Radwegprovisoriums auf der Nibelungenbrücke.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Stadt Linz verfolgt mit ihrer Mobilitätsstrategie das Ziel, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren und nachhaltige Mobilitätsformen deutlich zu stärken. Ein zentraler Bestandteil dieser Strategie war die verbindliche politische Zusagen, zwei Fahrspuren auf der Nibelungenbrücke dem Rad- und Fußverkehr zu widmen, sobald die Donautalbrücke (A26) eröffnet wird.

Dieses Versprechen, das von der Stadtpolitik über viele Jahre hinweg bekräftigt wurde, basierte auf der klaren Annahme, dass die Nibelungenbrücke und die Rudolfstraße durch die rund 300 Millionen Euro teure Donautalbrücke wesentlich entlastet würde. Trotz der erheblichen finanziellen Beteiligung der Stadt Linz an der A26, die eigentlich im Zuständigkeitsbereich der ASFINAG liegt, wurde das zentrale Versprechen, die Nibelungenbrücke (und die damit zusammenhängende Rudolfstraße) für den Rad- und Fußverkehr nachhaltig zu entlasten, bislang nicht eingelöst.

Der im April 2025 gestartete Pilotversuch, eine Fahrspur auf der Nibelungenbrücke in einen Radweg umzuwidmen, wurde aufgrund mangelnder Vorbereitung, unzureichender Begleitmaßnahmen und politisch motivierter Widerstände bereits nach wenigen Tagen abrupt beendet. Diese Vorgehensweise hat nicht nur zu großem Unmut und erheblichem Vertrauensverlust bei den Linzer Bürgerinnen und Bürgern geführt, sondern wurde auch von Expert:innen wie DI Ulrich Leth (TU Wien) deutlich kritisiert.

Eine Analyse, die im Anschluss an den Abbruch des oberwasserseitigen Radwegs in die mediale Öffentlichkeit gestellten Alternativen zeigt eindeutig, dass die Umwidmung einer bestehenden Fahrspur zu einem Radweg kurzfristig die einzige realistische und effektiv umsetzbare Option ist. Weitere Optionen, wie ein separater Brückenanbau oder geringfügige Erweiterungen der bestehenden Infrastruktur, sind

aufgrund hoher Kosten, langer Umsetzungszeiten oder unzureichender Wirksamkeit nicht zielführend.

Langfristig betrachtet ist eine zusätzliche Brücke für den Rad- und Fußverkehr eine attraktive und zukunftsweisende Ergänzung der Fahrradinfrastruktur. Allerdings ist deren Umsetzung erst mittel- bis langfristig realistisch. Da die Nibelungenbrücke aber ein wichtiges Nadelöhr und eine wesentliche Gefahrenstelle für den Radverkehr bleibt, müssen die seit Jahren versprochenen Verbesserungen unverzüglich umgesetzt werden. Aus diesem Grund ist trotz aller politischen Widrigkeiten ein professioneller Neustart des Radwegprovisoriums Nibelungenbrücke der beste Weg, um die strategischen Ziele der Stadt Linz zu erreichen.

Vergleich der Optionen:

Option	Dauer	Kosten	Strategie -konform	Vorteile	Nachteile
Donausteg zw. Brucknerhaus und Wildbergstraße	langfristig (ca. 5 Jahre)	>15 Mio. €	hoch	Vollständige Trennung Rad/Fuß von KFZ-Verkehr	Höhere Kosten, lange Realisierungsdauer
Geringfügige Erweiterung	mittelfristig (bis 2028)	mehrere Mio. €	mittel	Moderate Verbesserung	Begrenzter Effekt, kaum Verkehrsverlagerung
Separater Anbau (oberwasserseitig)	mittelfristig (2-3 Jahre)	7-8 Mio. €	mittel	Weitergehende Trennung Rad/Fuß von KFZ-Verkehr	Hohe Kosten, keine Reduktion des Autoverkehrs
Umwidmung Fahrspur zu Radweg	kurzfristig (wenige Monate)	sehr gering (< 500.000 €)	sehr hoch	Sofortige Verkehrsverlagerung, kostengünstig, schnell realisierbar	Widerstand durch Pendler:innen

Um das verloren gegangene Vertrauen wiederherzustellen und die dringend notwendige Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur umgehend umzusetzen, stellen die unterzeichnenden Gemeinderät:innen gemäß §12 Abs. 1 StL 1992 folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Linz beschließe folgende Resolution:

1. „Der Bürgermeister der Stadt Linz Dietmar Prammer und der zuständige Verkehrsreferent Vizebürgermeister Martin Hajart werden ersucht, beim Verkehrslandesrat des Landes Oberösterreich, Günther Steinkellner, einen professionellen und fachlich begleiteten Neustart des Projekts „Radwegprovisorium Nibelungenbrücke“ zu initiieren.
2. Der zuständige Verkehrslandesrat Günther Steinkellner wird ersucht, unverzüglich ein unabhängiges Planungsbüro oder externe fachliche Expert:innen mit der Entwicklung eines umfassenden, innovativen und professionell begleitenden Plans zur Umsetzung eines neuen Radwegprovisoriums auf der Nibelungenbrücke zu beauftragen.

Dieser Plan soll insbesondere umfassen:

- Innovative verkehrsorganisatorische Maßnahmen auf der Nibelungenbrücke sowie in den Anschlussbereichen, um eine sichere Infrastruktur für Radfahrende und Fußgänger:innen bereitzustellen.
 - Effektive Verkehrslenkung, insbesondere die konsequente Umleitung des Schwerverkehrs über die Donautalbrücke.
 - Umfangreiche Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den betroffenen Umlandgemeinden und bei Unternehmen sowie Pendlerorganisationen.
 - Systematische Evaluierung und ggf. Anpassung des Provisoriums während seiner Laufzeit.
3. Der Verkehrslandesrat Günther Steinkellner wird weiters ersucht, diesen umfassenden Plan in Abstimmung mit dem Verkehrsreferenten der Stadt Linz baldmöglichst umzusetzen, sodass das Radwegprovisorium schnellstmöglich in Betrieb genommen wird und bis zur geplanten Generalsanierung der Nibelungenbrücke im Jahr 2028 Bestand hat. Im Zuge dieser Sanierung soll anschließend eine dauerhafte, den strategischen Zielen der Stadt Linz entsprechende Radverkehrslösung umgesetzt werden.“

Es wird ersucht, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu setzen.

Berichterstatter: Gemeinderat Clemens Brandstetter